



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
14.03.2017

**München schaut den Wohlfahrtsverbänden auf die Finger:
Kein Geld für aufenthaltsverlängernde „Flüchtlings“beratung!**

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Die LHM streicht – in Übereinstimmung mit der Politik des Freistaats – allen Wohlfahrtsverbänden und anderen in der „Flüchtlings“hilfe tätigen Organisationen, die „Flüchtlinge“ über ihre Möglichkeiten informieren, sich einer bevorstehenden Abschiebung zu entziehen bzw. welche weiteren Rechtsmittel eingelegt werden können, zum nächstmöglichen Zeitpunkt alle Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln.

Begründung:

In Bayern tätige Wohlfahrtsverbände erhielten jüngst ein Schreiben des Sozialministeriums. Das Ministerium wies unter Verweis auf die entsprechende Förder-Richtlinie darauf hin, daß Zuschüsse an öffentlichen Mitteln gestrichen werden können, falls Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände – etwa in den Asylsozialberatungsstellen – weiterhin darüber informierten, wie „Flüchtlinge“ z.B. eine drohende Abschiebung verhindern können bzw. mit welchen Rechtsmitteln darauf hingewirkt werden kann. Dies sei insbesondere bei der Verbreitung von Informationen des sogenannten „Bayerischen Flüchtlingsrates“ gegeben.

Wörtlich heißt es im Schreiben des Sozialministeriums: „Mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar ist es, wenn wie jüngst vorgekommen einzelne Mitarbeiter der Asylsozialberatungsstellen Hinweise des Bayerischen Flüchtlingsrats, wie Betroffene sich bevorstehenden Abschiebungen entziehen können bzw. wie und welche weiteren Rechtsmittel eingelegt werden können, kommunizieren. (...) Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass im Wiederholungsfall bei einer dem Förderzweck nicht entsprechenden Mittelverwendung ein Widerruf der entsprechenden Verwaltungsakte in Betracht kommt.“

b.w.

Eine ordnungsgemäße Verwendung von Fördermitteln sehe vielmehr vor, daß Flüchtlinge „objektiv und realistisch“ über ihre Situation in Deutschland beraten werden, also insbesondere über Ausreiseverpflichtungen, Anerkennungssquoten, freiwillige Rückkehr sowie Weiterwanderung.

Diese Konstellation ist auch in der bayerischen Landeshauptstadt gegeben. Auch hier betreiben zahlreiche Organisationen und Vereine mit üppiger städtischer Unterstützung das Geschäft der „Flüchtlings“beratung. Auch hier ist die Annahme naheliegend, daß die Beratung nicht nur „objektiv und realistisch“ erfolgt, indem etwa über Ausreiseverpflichtungen oder Rückkehrhilfen informiert wird, sondern daß konkrete Hilfestellung z.B. bei der Aufenthaltsverlängerung angeboten wird. Dies widerspräche einer ordnungsgemäßen Verwendung ausgereicherter Fördermittel und Zuschüsse, die sich die LHM ja in aller Regel vom Freistaat bzw. vom Bezirk Oberbayern erstatten läßt.

Hier ist Abhilfe zu schaffen. Von der bayerischen Landeshauptstadt muß erwartet werden können, daß sie sich als Aufsichtsbehörde in ihrem Zuständigkeitsbereich in besonderer Weise für die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel und Zuschüsse verantwortlich sieht. Eine inzwischen auch von der Bundespolitik nicht mehr erwünschte Beratung von „Flüchtlings“ über Möglichkeiten zur Aufenthaltsverlängerung ist damit nicht vereinbar. Die LHM wird deshalb aufgefordert, etwa bereits bekannte Mißstände im Bereich der Münchner „Flüchtlings“beratung unverzüglich abzustellen, also etwa die Verbreitung einschlägiger Informationen des sogenannten „Bayerischen Flüchtlingsrates“ und anderer vergleichbarer Organisationen zu unterbinden. Nur am Rande sei daran erinnert, daß gerade der „Bayerische Flüchtlingsrat“ bei den wiederholten „Flüchtlings“-Protesten am Sendlinger Tor, mit denen umfassende Forderungen wie „Bleiberecht für alle“, Familiennachzug etc. durchgesetzt werden sollten, eine maßgebliche Rolle als Unterstützer spielte. Er weist sich mit solchen Aktionen nicht als vertrauenswürdiger Träger einer sachgerechten „Flüchtlings“-Beratung aus.

Für alle anderen im Bereich der LHM in der „Flüchtlings“hilfe tätigen Vereine, Organisationen, ehrenamtlich Tätigen etc. gilt Entsprechendes.



Karl Richter
Stadtrat